

diesem Monat muß sich der Bundestag mit der Frage befassen, wie er mit einer Empfehlung der EG fertig werden soll, für das Kommunalwahlrecht der Europabürger solle nur noch der tatsächliche Aufenthaltsort maßgeblich sein.

Eine ähnliche Regelung hat schon 1985 das Europäische Parlament von allen Mitgliedsstaaten verlangt – mit den Stimmen der Unionsabgeordneten. Das örtliche Wahlrecht für Ausländer ist in etlichen Ländern, etwa Schweden und Holland, bereits verwirklicht.

So sind es wieder mal die Deutschen, die sich besonders national gerieren. Konservative Staatsrechtler verschanzen sich hinter dem Grundgesetz. Das verbiete, behaupten sie, generell die Beteiligung von Ausländern an Wahlen:

- ▷ Artikel 20 des Grundgesetzes verlangt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“; gemeint sei das deutsche Volk. Ausländer seien daher von der Mitwirkung ausgeschlossen.
- ▷ Gemäß Artikel 28 gelte dies auch für Kommunalwahlen, denn: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen“ des Artikel 20 „entsprechen“, und auch in den Gemeinden muß „das Volk“ eine demokratisch gewählte „Vertretung“ haben.

Nach Ansicht des Frankfurter Rechtsprofessors Manfred Zuleeg, Richter am Europäischen Gerichtshof, ist es „eine Frage des politischen Willens“, wie diese Grundgesetzworschriften interpretiert werden. Zuleeg hält eine nationalistische Definition des Volksbegriffs im Grundgesetz für falsch. „Volk“ sei die „Lebens- und Schicksalsgemeinschaft auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland“, also inklusive der hier ansässigen Ausländer.

In der Tat spricht wenig dafür, daß die Autoren des Grundgesetzes mit „Volk“ nur das Volk der deutschen Staatsangehörigen gemeint haben. Schon aus dem Grundgesetz selber folgt etwa die Wahlberechtigung von Aussiedlern, obwohl sie zum guten Teil keine deutschen Staatsbürger sind.

Die schlichte Grundgesetzformel, daß alle Staatsgewalt „vom Volke“ ausgehe, bedeutet nach Ansicht des Frankfurter Staatsrechtlers Hans Meyer nur, daß die Staatsgewalt „nicht von Gott, einer Dynastie oder einer Partei“ ausgehe, sondern eben vom Volk – mehr nicht.

Wenn die Autoren des Grundgesetzes der Ansicht gewesen wären, nur von Deutschen solle Staatsgewalt ausgehen, hätten sie es sagen können – wie sie es an anderer Stelle gesagt haben: „Das gesamte *deutsche* Volk“, so die Präambel des Grundgesetzes, sei zur Wiedervereinigung aufgefordert – klar, nur die Deutschen, nicht die Türken.

Auf diese verfassungsrechtliche Argumentation berufen sich mittlerweile die Innenminister der SPD-geführten Bundesländer. So will in Schleswig-Holstein Hans Peter Bull – von Haus aus Staatsrechtsprofessor wie Ingo von Münch –, daß in den Kommunen schon ab 1990 Fremde aus jenen Ländern mitwählen, die ihrerseits Deutsche an die Urnen lassen. Ähnliches plant Nordrhein-Westfalens Herbert Schnoor. Auch in Bremen sollen auf unterster Ebene demnächst Ausländer mitstimmen.

Doch obgleich in diesen Ländern die parlamentarischen Mehrheiten für entsprechende Änderungen der Wahlgesetze gesichert scheinen, zögern die Sozialdemokraten vielerorts noch. Ein „verfassungsrechtliches Restrisiko“ sieht etwa NRW-Innenminister Schnoor. Intern empfahl Schnoor-Chef Johannes Rau, „mit größter Umsicht“ vorzugehen.

Wenn nämlich entschlossene Gegner wie Zimmermann, so Raus Befürchtung, wirklich das Verfassungsgericht bemühen, könnte Karlsruhe durch restriktive Interpretation des Artikel 20 die Pläne für alle Zeiten zunichte machen. Da sei es besser, sich politisch zu einigen und Karlsruhe gar nicht erst zu fragen.

Der Hamburger Vorstoß scheint noch der am wenigsten gefährliche. Denn selbst bei strenger Interpretation der umstrittenen Grundgesetzbestimmungen läßt sich verfassungsrechtlich die Teilnahme von Ausländern an *Bezirksversammlungen*, die noch nicht einmal die Bedeutung von Gemeindeparlamenten haben, kaum als Ausübung von Staatsgewalt klassifizieren.

Nur deshalb konnte sich der Rechtsprofessor von Münch in Hamburg auch so unbefangen zum Vorkämpfer für die Sache der Ausländer machen. Bei gewichtigeren Wahlen mag auch er sie nicht dabei haben. Denn, so formulierte der Staatsrechtler vor Jahren in einem Grundgesetzkommentar, der seinen Namen trägt: „Deutsche Staatsgewalt kann nur von Deutschen ausgeübt werden.“

WAFFENHANDEL

Grüne Kisten

Ein westdeutsches Entwicklungshilfe-Schiff wurde für Munitionstransporte in Afrika eingesetzt.

Der Stückgutfrachter „MS Heinrich Husmann“, Heimathafen Haren im Emsland, schipperte jahrelang unter deutscher Flagge übers Mittelmeer. Transportiert wurden Gefrierfleisch und Marmorbruch, Babykost und Gebrauchtwagen – ausnahmslos, so der frühere Schiffseigner Franz Husmann, „ganz harmlose Sachen“.

Seit das Containerschiff, ausgerüstet mit zwei 30-Tonnen-Kränen und herunterklappbarem Heck, auf den Namen „Puntland II“ umgetauft und, 1987, in den Dienst des afrikanischen Staates Somalia gestellt worden ist, transportiert es nicht nur ungefährliches Frachtgut.

Geladen wird Explosives: Im Dezember 1988 brachte die „Puntland II“ Container mit chinesischer Maschinengewehr-Munition, Kaliber 7,62 mm, von Mogadischu in den Sudan, wo seit fünf Jahren ein blutiger Bürgerkrieg tobt. In der Hauptstadt Khartum schießt die Polizei auf Demonstranten.

Der Munitionstransport um das Horn von Afrika kam mit westdeutscher Entwicklungshilfe zustande. Das Schiff war 1987 im Auftrag Bonns für 6,5 Millionen Mark gekauft, renoviert und als Entwicklungshilfe-Präsent an Somalia verschenkt worden.

Experten aus der Bundesrepublik – Seeleute und Reedereiberater –, die beim Aufbau der somalischen Handelsschiffahrt helfen sollten, waren an Planung und Durchführung der Sudan-Reise beteiligt. Das Kommando auf der „Puntland II“ hatte Werner Wolkersdorfer, ehemals Kapitän des Luxusdampfers „Astor“, der als Kulisse für die ZDF-Serie „Traumschiff“ diente.



Stückgutfrachter „Heinrich Husmann“ (1979): Deutscher Dank für Mogadischu



Ex-Traumschiff-Kapitän Wolkersdorfer
Munitionscontainer fotografiert

Bei der Bundesregierung, der das verheerende Echo auf die Beteiligung deutscher Firmen am Bau von Gaddafis Giftgasfabrik noch weh tut, löste die Nachricht aus Afrika Entsetzen aus. Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit in Eschborn, die das Projekt betreuen, wurden zur Krisensitzung beordert, die deutsche Botschafterin in Somalia aus dem Urlaub geholt.

Um Bonn nicht erneut dem Vorwurf klammheimlicher Komplizenschaft auszusetzen, ließ Entwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) letzten Monat, nach Absprache mit Bundeskanzleramt und Außenministerium, den vorläufigen Stopp des Entwicklungshilfeprojekts und die Rückkehr der Entwicklungshelfer anordnen. Der somalischen Regierung wurde eine „zufriedenstellende Erklärung“ abverlangt, daß sie von dem Munitionsschmuggel „keine Kenntnis“ gehabt habe – im diplomatischen Umgang mit Somalia neue Töne.

Denn seit Staatschef Siad Barre im Oktober 1977 der GSG 9 erlaubte, die von palästinensischen Terroristen gekaperte Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Flughafen von Mogadischu zu stürmen und die Geiseln zu befreien, werden die Somalis gehätschelt. In den Wüstenstaat floß seitdem mindestens eine Milliarde Mark Entwicklungshilfe – für den Brückenbau, für Bewässerungsanlagen und die Modernisierung der Landwirtschaft.

Doch die Barre-Regierung, der Amnesty International die Folterung politischer Gefangener vorwirft, wollte von Anfang an lieber Waffen. Das Militärregime, das Ende der siebziger Jahre in Kriegshandel mit dem Nachbarstaat Äthiopien verstrickt war und heute seine Armee gegen eine Widerstandsbewegung im Norden des eigenen Landes marschieren läßt, verlangte Geld für Waffenkäufe – ein Ansinnen, das Bonn ablehnte.

Ob die somalische Regierung den Munitionstransport auf dem Entwicklungshilfe-Dampfer „Puntland II“ selber ausgeheckt oder geduldet hat, womöglich als Gegengeschäft im internationalen Waffenhandel, ist noch unklar. Fest steht jedoch, daß die brisante Ladung, rund 60 Container, falsch deklariert war („Landwirtschaftliche Geräte“) und der Beförderungsauftrag von Mogadischu nach Port Sudan von einer saudiarabischen Firma, Sitz Dschidda, erteilt wurde. Entgegenommen wurde der Auftrag von der somalischen Staatsreederei.

Aufgeflogen ist das Pulver-Schiff durch die deutschen Besatzungsmitglieder, Kapitän Wolkersdorfer, Bordingenieur Kurt Lakenmacher und den Ersten Offizier Karl Jürgen Stauch. Die Experten, die von einer Firma aus Bremerhaven („Rogge Marine Consulting“) von Oktober 1988 an für das Entwicklungshilfeprojekt angeheuert worden waren und die somalischen Seeleute unterweisen sollten, ahnten zunächst nichts von der explosiven Fracht, wurden aber während der Überfahrt mißtrauisch.

Dem Trio fiel auf, daß an den Containern weiße Warnzeichen unkenntlich gemacht worden waren, wie sie in der internationalen Seefahrt zur Markierung von gefährlichen Stoffen üblich sind. Kurz bevor die Ladung in Port Sudan gelöscht wurde, öffnete der Erste Offizier zwei Container. Zum Vorschein kamen, so Bordingenieur Lakenmacher, „kleine grüne Kisten“, vollgestopft mit MG-Munition. Zur Beweissicherung nahmen die empörten Deutschen ein Päckchen Patronen mit, daß sie später der deutschen Botschaft übergaben; der Kapitän und der Erste Offizier photographierten die geöffneten Container.

Nur durch Zufall, glauben die Entwicklungshelfer, sei die „Puntland II“ unterwegs nicht in die Luft geflogen: Einige Container hätten während der Überfahrt „direkt neben dem heißen Maschinenraum“ gestanden. „Man hat unser Leben aufs äußerste gefährdet“, schrieb Lakenmacher an seine Frau.

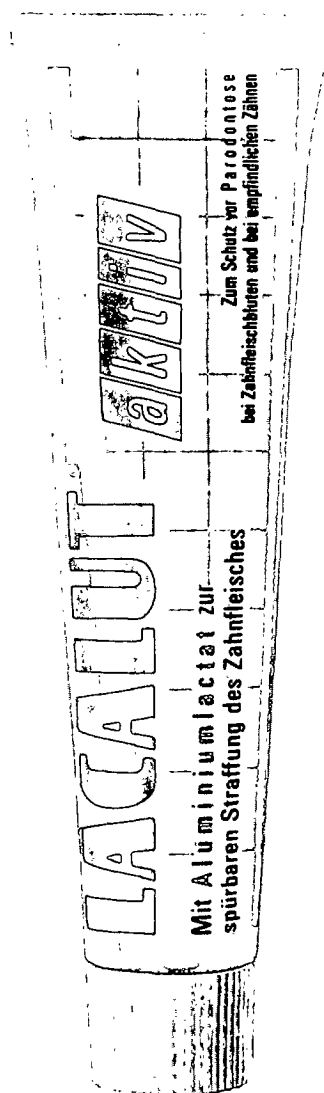
Anders als die glatten Firmenmanager, die während der Libyen-Affäre kalt-schnäuzig Interviews gaben, werden die unfreiwilligen Munitionstransporteure von Mogadischu von Konflikten geplagt. Er fühle sich „ethisch schuldig“, erklärte Schiffsoffizier Stauch, sein Kollege Lakenmacher denkt darüber nach, „wieviel Menschen mit 500 Tonnen Munition totgeschossen werden können“.

Die afrikanischen Besatzungsmitglieder scheinen solche Skrupel nicht gehabt zu haben. Die Auszubildenden aus Somalia, nach Aussage der Entwicklungshelfer „ständig bekifft“ und bis zu 68 Jahre alt, hätten bei Enttarnung der MG-Munition nur schulterzuckend erklärt, solche Fracht sei von dem Schiff „schon öfter“ transportiert worden.

Leider wahr. Manfred Obländer, Sprecher des Bonner Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mußte am Freitag letzter Woche einräumen, daß die

Für straffe Leistung im Zahnbett:

Lacalut aktiv und fluor Zahncremes,
Lacalut Kaudragees
und Lacalut Mundwasserkonzentrat.



LACALUT®

Für alle,
die Zahnhygiene ernst nehmen.

Die Gastfreundschaft haben wir von den Göttern gelernt.



Den Zyprioten ist das Wort „Fremder“ unbekannt. Sie sagen einfach „Xenos“ - Gast.

Und so lebt auf Zypern schon seit den Tagen der Götter, was in vielen Mittelmeerländern fast ausgestorben ist: die Gastfreundschaft.

„Kopiaste“ sagen die Zyprioten in den Stuben der Bauern und Fischer. In Tavernen und bei dörflichen Festen. „Kopiaste“ - setz dich zu uns. Trink unseren Wein und teile unser Brot. Du bist willkommen.

Willkommen sind Sie auch in den erstklassigen Hotels mit dem exzellenten Service, die Mark für Mark ihr Geld wert sind.

Cyprus Airways fliegt Sie hin.

ZYPERN

Wo die Götter Urlaub machen.

COUPON

Bitte senden Sie mir gratis Informationen über Zypern.
Meine Adresse:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

SP 36

FREMDENERKEHRSZENTRALE ZYPERN
CYPRUS TOURISM ORGANISATION

An die Fremdenverkehrszentrale Zypern, Kaiserstr.
13. 6000 Frankfurt.

„Puntland II“ in den letzten Jahren offenbar mehr als einmal als Munitionstransporter eingesetzt worden ist – ohne Genehmigung und mit deutschen Entwicklungshelfern an Bord. Hinweise von der deutschen Botschaft in Mogadischu seien jedoch erstmals am 11. Januar dieses Jahres im Ministerium eingegangen, „leider“.

PRESSE

Exklusiv aus Klein Güllen

Mit einer Sensationsreportage über monströse Maispflanzen hat ein Öko-Journalist die Wachsamkeit von Tageszeitungsredakteuren getestet.

Die Sensation kam mit der Post. Brieflich offerierte Dieter Beisel, 48, „Gründungsredakteur“ und heute Chef vom Dienst der Münchner Öko-Zeitschrift „Natur“, atemberaubende News aus dem „Bereich Genmanipulation“.

„Illegalen Tätigkeiten der Bundesregierung“ sei er auf die Spur gekommen, schrieb Beisel, gerade „beim Thema Genmanipulation“ sei die „Aufmerksamkeit der Tagespresse gefragt“. Der „Niedersachsen“-Redakteur der „Neuen Presse“ („NP“), der zweitgrößten Zeitung in Hannover, rief noch kurz beim Autor an – Resultat: Jawohl, Beisel bei „Natur“ in München existent, Photos leider nicht vorhanden („wegen der Geheimhaltung“) – und hob den Bericht ins Blatt.

Am Mittwoch letzter Woche schlagzeilte die „NP“: „Genmanipulierter Mais wird sechs Meter hoch“. Der folgende Text enthüllte Einzelheiten: Auf einem Gelände der „Bundesanstalt für angewandte Gentechnologie (BAGT)“ im niedersächsischen „Klein Güllen“ hätten Wissenschaftler heimlich „genmanipulierte“ Pflanzen gezüchtet – eine „Maisart“, die fast so hoch wie ein zweistöckiges Haus werden kann. Leseprobe:

Das etwa zwölf Hektar große Gelände der BAGT ist von einem doppelten Eisenzaun umgeben. Hat man das Tor und die obligatorischen Sicherheitskontrollen hinter sich, schreitet man durch grüne Felder mit dicht aufstrebender Saat.

Leiterin Professor Sabine Dartow erklärt: „Es ist dies der erste Freilandversuch mit ‚genmanipulierten‘ Pflanzen in der Bundesrepublik. Wir haben eine Maisart gezüchtet, die bis zu sechs Meter hoch wird. Da wir das Schwinden der Regenwälder nicht aufhalten können, soll sie in jenen Gebieten angebaut werden. Das hat den doppelten Vorteil, daß wir zugleich das Hungerproblem in Ländern der Dritten Welt lösen und eine enorme Biomasse produzieren können, die der Klimakatastrophe entgegenwirkt.“

Da alle Versuche mit gentechnisch optimierten Pflanzen im Freiland bislang von Bürgerinitiativen blockiert wurden, ist das Areal als militärisches Sperrgebiet ausgewiesen. Für einen friedlichen Zweck, vertraut mir Frau Dartow an, sei es sicher legitim, von einem solch „kleinen Kunstgriff“ Gebrauch zu machen.

Der Autor berichtet, er habe sogar mit ansehen dürfen, wie die Forscherin Dartow den Mammut-Mais erzeugte:

Am Elektronenrastermikroskop kann ich verfolgen, wie sie mit Enzymscheren eine bestimmte Sequenz aus dem Genstrang der Maispflanze herauschneidet und durch die Wachstumsinformation im Genom der Dattelpalme ersetzt. Damit die riesige Maispflanze unter ihrem Gewicht nicht zusammenbreche, wird an einer anderen Stelle des Genstrangs die genetische Information von Balsabäumen einmontiert.

Als erster Anrufer meldete sich noch am selben Tag, voller Sorge, ein Mann vom Bundessortenamt, Sitz in Hannover, bei der „Neuen Presse“. Da flog die Ente auf: Die Story aus Klein Güllen war von vorne bis hinten erfunden.



NIEDERSACHSEN

NEUE PRESSE - SEITE 9

Genmanipulierter Mais wird sechs Meter hoch

Erster Freilandanbau in der Bundesrepublik

LUCKHE: Genmanipuliertes Mais-Genstrang auf dem Freiland. Die Forscherin Dartow hat die Maispflanze mit der Wachstumsinformation der Dattelpalme ersetzt. Damit die riesige Maispflanze unter ihrem Gewicht nicht zusammenbreche, wird an einer anderen Stelle des Genstrangs die genetische Information von Balsabäumen einmontiert.

Öko-Journalist Beisel, Beisel-Text*
„Genom-Schnitt mit Enzymschere“

Beisel, früher mal Redakteur beim Satire-Blatt „Pardon“, hatte, so stellte sich heraus, nicht nur die „NP“ genmanipuliert, sondern die gleiche Fopperei auch bei diversen anderen Zeitungen versucht. Seiner eigenen Chefredaktion hatte er den satirischen Medien-Test verschwiegen. „Natur“-Chef Dirk Maxeiner attestierte seinem Redakteur deshalb letzte Woche „große Dummheit“. Er habe den „guten Ruf“ des renommierten, einst von Horst Stern gegründeten Öko-Blattes mißbraucht; ob die Angelegenheit „Konsequenzen“ haben werde, sei noch offen.

Die „NP“ hat sich mittlerweile bei ihren Lesern entschuldigt: „6-Meter-Mais gibt es nicht.“ Das beruhigte vor allem die Herren vom Bundessortenamt. ♦

* Schlagzeile aus der „Neuen Presse“, Hannover.